

Limburger Anzeiger

Zugleich amtliches Kreisblatt für den Kreis Limburg

Limburger Zeitung) Älteste Zeitung am Platze. Begründet 1838 (Limburger Tageblatt)

Erscheint täglich

mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage.
Zu jeder Woche eine Beilage.
Sommer- und Winterfahrplan jenseit Juchstetten.
Wahlkalender um die Jahreswende.

Redaktion, Druck und Verlag von Moriz Wagner,
in Firma Schindler'scher Verlag und Buchdruckerei in Limburg a. d. Rhn.

Anzeigen-Aufnahme bis 9 Uhr vormittags des Erscheinungstages

Bezugspreis: 1 Mark 50 Pf.
vierteljährlich ohne Postzuschlag oder Frangobrief
Einzelnummern: 15 Pf.
die Spalten des Monatsheftes oder deren Raum.
Neuankömmlinge die 21. und 22. Beilage 25 Pf.
Abonn. wird nur bei Wiederholungen gewährt.

Nr. 66. Fernsprech-Anschluß Nr. 82. Montag den 22. März 1915. Fernsprech-Anschluß Nr. 82. 78. Jahrg.

Amtlicher Teil.

Der Kreisobstbautechniker Deuker wird am Montag, 22. März, abends 8 Uhr, in Hausen, Dienstag, den 23. März, nachmittags 3 1/2 Uhr, in Juffingen und abends 8 Uhr in Lehr einen Vortrag über Gemüsebau und Gemüseerzeugung während der Kriegszeit abhalten. Ich ersuche die Herren Bürgermeister um ortsübliche Bekanntmachung und auf einen möglichst zahlreichen Besuch hinzuwirken.
Limburg, den 22. März 1915.

Der Vorsitzende des Kreisausschusses.

Im Anschluß an unseren Erlaß vom 18. Mai 1914 Nr. B 12 307. C. M. d. d. A.

II d. 1351 M. d. J.
Weitere Erkennungsnummern für Kraftfahrzeuge sind erteilt worden:

Preußen.

Regierungsbezirk Danzig I D 2501—3000
Regierungsbezirk Posen I Y 2301—2800
Regierungsbezirk Köln I Z 16001—17000

Bayern.

Regierungsbezirk München II B 1761—1800
Regierungsbezirk Bamberg II B 3001—3050
Regierungsbezirk Landshut II C 1001—1100
Regierungsbezirk Regensburg II C 1886—1920
Regierungsbezirk Straßburg II E 1601—1640

Stadtmagistrat Weidenburg a. S. II S 1941—1970
Bezirks-Amt Lauf II S 2571—2590
Bezirks-Amt Miltenberg II U 1736—1775
Bezirks-Amt Mittern-Eich II Z 1331—1355
Stadtmagistrat Rempfen II Z 2411—2460

Württemberg.

Amtsoberrat Stuttgart III E 601—700
Oberamt Rottweil III M 601—700
Oberamt Ulm III Z 801—900

Baden.

Bezirks-Amt Konstanz IV B 7801—7900

Sachsen.

Kreisamt Worms V R 701—800
V R 1001—1200

Sachsen-Altenburg.

Stadtrat Altenburg S A 400—499

Schwarzburg-Rudolstadt.

Landratsamt Königsee S R 251—300

Ferner führen seit dem 1. Dezember 1914 bis auf weiteres die der Heeresverwaltung gehörigen Kraftfahrzeuge — ausgenommen diejenigen des Feldheeres — besondere Kennzeichen, und zwar im ganzen Reichsgebiet außer Bayern das übliche weiße Schild mit schwarzen Buchstaben M K und der Armeekorpsnummer in römischer Zahl sowie einer Erkennungsnummer in arabischen Zahlen, in Bayern weißes Schild mit schwarzer Aufschrift II M und Erkennungsnummer in arabischen Zahlen.

Die „Uebersicht über die Kennzeichnung der Kraftfahrzeuge im Deutschen Reich“ ist hiernach zu ergänzen.
Berlin W. 66, den 28. Januar 1915.

Wilhelmstraße 79.

Der Minister der öffentlichen Arbeiten.

Im Auftrage.

Dr. Tull.

Der Minister des Innern.

Im Auftrage.

Dr. Freund.

III B 12. 10. C. M. d. d. A.

II d. 160.

Wird veröffentlicht.

Die Ortspolizeibehörden und die Rgl. Gendarmen des Kreises werden ersucht, ihre Verzeichnisse hiernach zu vervollständigen.

Limburg, den 11. März 1915.

Der Landrat.

An die Herren Bürgermeister und Gemeindevorsteher des Kreises.

Die Kriegsfamilien-Unterstützungen können abgeholt werden. Diejenigen Beträge, die bis einschl. Mittwoch, den 24. März, nicht abgeholt worden sind, werden durch die Post überandt werden.
Limburg, den 21. März 1915.

Kreisamtskassier: Grammel.

Ergebnis der zweiten Kriegsanleihe: 9 Milliarden Mark.

Berlin, 21. März. (W. I. B. Nichtamtlich.) Das vorliegende Ergebnis der Kriegsanleihezeichnungen erreicht neun Milliarden Mark. — Von den rund 10 Milliarden der neuen Kriegsanleihe entfallen 1600 Millionen auf Schuldverschreibungen und 7500 Millionen auf Aktienemissionen.

Die „Frankfurter Zeitung“ schreibt hierzu: „Milliarden Mark! Das ist wirklich ein in der Kriegsgeschichte noch nicht dagewesener, unerhöht grandioser Erfolg! Einen Augenblick hält die Weltgeschichte den Atem an, um staunend auf dieses Deutsche Reich zu schauen, das in ungebeugtem, trotzigem Mut eine Welt von Feinden die Stirn bietet und das nun seinen Willen in nicht mißzuverstehender Weise durchzusetzen, sein Alles freudig einzusetzen für seine Ehre. Deutschland hat die höhnische Herausforderung Englands zu dem Spiele mit den silbernen Kugeln angenommen — und England auf diesem ureigensten Gebiet geschlagen. Die erste Kriegsanleihe erbrachte 4,6 Milliarden und die Welt begriff diesen glänzenden Erfolg nur halbwillig. Nun hat sich das Ergebnis der zweiten Kriegsanleihe zu der beispiellosen Höhe von 9 Milliarden emporgeschoben, und unsere Feinde werden sich, ob sie wollen oder nicht, eingestehen müssen, daß Deutschland auch auf diesem Gebiet nicht mehr unterzukriegen ist. Es ist ein vollständiger, glänzender Hindenburgsieg, den hier überquellende, gesunde wirtschaftliche Kraft und der entschlossene Gesamtwille des Volkes durchgehalten, erzielt haben. Erst 4,6 Milliarden und nun 9 Milliarden. — Herr Lloyd George in London mag angesichts dieser Steigerung ausrechnen, wie hoch sich seine dritte Kriegsanleihe stellen würde, falls sie notwendig werden sollte. Denn Deutschland ist mit diesen Milliarden noch lange nicht mit seiner finanziellen Leistungsfähigkeit zu Ende; wir können, wenn es verlangt wird, ohne Zweifel so weitermachen.“

Im westlichen Kriegsschauplatz.

Großes Hauptquartier, 20. März. (W. I. B. Nichtamtlich.) Die der Straße Wijnstade-Opere bei St. Eloi nahmen die Engländer eine Häusergruppe fort. Am Südhange der Loretohöhe wurde ein Schlupfwinkel, in dem sich noch Franzosen hielten, gesäubert.

In der Champagne verlief der Tag im allgemeinen ruhig, nachdem beim Morgengrauen unsere Truppen einige Stellungen nördlich von Beaumont genommen hatten.

Französische Teilangriffe nördlich von Verdun, in der Meuse-Ebene und am Ostrand der Maasrheide bei Comblanchien wurden unter schweren Verlusten für den Feind zurückgeschlagen.

Gegen unsere Stellungen am Reichsaderkopf und Hartmannsweilerkopf machten die Franzosen mehrere Vorstöße, die schon im Ansetzen unter unserem Feuer mit erheblichen Verlusten zusammenbrachen.

Oberste Heeresleitung.

Großes Hauptquartier, 21. März. (W. I. B. Nichtamtlich.) Ein Teil von Opere wurde ein englisches Flugzeug heruntergeschossen; die Insassen wurden gefangen genommen. Zwei französische Versuch, uns die am 16. März eroberte Stellung am Südhange der Loretohöhe wieder zu entreißen, mißglückten.

Auf der Kathedrale von Soissons, welche die Senfer

Kreuz-Flagge trug, wurde eine französische Beobachtungsstelle erkannt, unter Feuer genommen und beseitigt.

In der Champagne nördlich von Beaumont trieben unsere Truppen erfolgreich vor und hoben mehrere französische Stellungen aus; dabei nahmen sie einen Offizier, 299 unversehrte Franzosen gefangen.

Die von zwei Alpenjägerbataillonen tapfer verteidigte Appentstellung auf dem Reichsaderkopf wurde gestern nachmittags im Sturm genommen. Der Feind hatte schwerste Verluste und ließ 3 Offiziere, 250 Mann, 3 Maschinengewehre und einen Minenwerfer in unserer Hand. Französische Gegenangriffe wurden abgelehnt.

Um die Antwort auf die Untaten französischer Flieger in der offenen schiffbaren Stadt Schleifstadt eindringlicher zu gestalten, wurden heute nacht auf die Festung Paris und den Eisenbahnknotenpunkt Compiègne durch Luftschiffe einige schwere Bomben abgeworfen.

Oberste Heeresleitung.

Amsterdam, 19. März. (U.) „La France du nord“ schreibt, daß wegen der heftigen Kämpfe in der Umgegend von Arras Maßregeln für Leben und Sicherheit der Nichtkombattanten getroffen wurden. Auch das Gefängnis von Arras wurde geräumt und die Gefangenen nach Amiens übergeführt.

Englisch-französische Kampfeslust mit heimlichem Zittern.

Kristiania, 20. März. (U.) Cittersen, der Korrespondent der „Aftenposten“, meldet aus London: Die neue französisch-englische Offensiv beginnt wahrscheinlich in einigen Wochen. Die britische Heeresleitung sei des günstigen Erfolges ganz sicher. Es wird jedoch von unterrichteten Kreisen zu bedenken gegeben, daß der Sieg große Opfer fordern wird. Noch ist keine offizielle Liste über die Verluste bei dem letzten heftigen Kampfe bei Neuve Chapelle veröffentlicht worden. Man glaubt deshalb, daß sie ernst sind. In den englischen Lazaretten werden ganz besondere Vorbereitungen getroffen, um Platz für eine große Masse Verwundeter zu machen; die ersten kommen in den nächsten Wochen. (U. A.)

Hinterlistige englische Kampfesweise.

Berlin, 19. März. (W. I. B. Nichtamtlich.) Die britische Admiralität ließ am 13. März eine Erklärung veröffentlichen, die auf die bekannte Bekämpfung eines deutschen Unterseebootes durch eine englische Dampfschiff in der Irischen See am 1. Februar sich bezieht. Entgegen der deutschen Darstellung behauptet die Admiralität, daß die Dampfschiff „Banduaro“, die als „bewaffnetes Hilfskriegsschiff“ bezeichnet wird, vor der Eröffnung des Feuers auf das Unterseeboot die Kriegsschiffe gezeigt habe. — Diese Behauptung der englischen Admiralität ist unrichtig. Die Jacht beschloß das über Wasser fahrende Unterseeboot auf 5000 bis 6000 Meter überraschend. Weder bei der Eröffnung des Feuers noch während der Abgabe von noch etwa 10 weiteren Schüssen zeigte die Jacht eine Flagge. Nachdem das Boot getaucht war, ließ der Kommandant des Unterseebootes durch einen zweiten Beobachter ausdrücklich feststellen, daß die Jacht auch dann noch keine Flagge führte.

Zweifelhaftigkeit der feindlichen Unternehmungen im Westen.

Amsterdam, 20. März. (U.) Der militärische Berichterstatter der „Tribune“ depechiert, wie außerordentlich

geringfügig die von den Bundesgenossen unter Aufwendung ungeheurer Heeresmassen in den letzten Offensivkämpfen erzielten Erfolge sind, und daß die wenigen Kilometer Terrain, die in Flandern bei Neuve Chapelle von den Engländern und in der Champagne von den Franzosen errungen wurden, in gar keinem Verhältnis stehen zu den gewaltigen Anstrengungen, und daß dieser Gewinn die allgemeine Frontlinie fast gar nicht geändert habe, sowie daß die von dem Terraingewinn gemachte Aufhebung sich nicht rechtfertigt, zumal die ganze Aktion nur den Zweck hatte, die Deutschen zu verhinieren, Verstärkungen nach Rußland zu entsenden. Die englische Offensive sei schon durch die deutsche Einnahme von St. Eloi zum Stehen gekommen und die Belgier hätten, obgleich sie zur Offensive übergingen, überhaupt keinen Terraingewinn erzielt. Von einem Entscheidungskampf könne noch keine Rede sein.

Die Bombenwürfe auf Schleifstadt.

Strasbourg, 19. März. (U. A.) Zu den Bombenwürfen über Schleifstadt schreibt das „Schleifstädter Tagblatt“: Gegen 4 Uhr nachmittags, kurz vor Schulschluß, erschien ein feindlicher Flieger über Schleifstadt. Er warf sechs Bomben ab und zwar auf die Fabrik Lang, das Rotariat Grasser am Weinmarkt, das Haus Waag in der Salzgasse, das Haus Rohmer in der Blandergasse, das Pfarrhaus St. Fides und endlich auf den Krautmarkt gegenüber dem Lehrerinnenseminar. Diese Bombe hatte eine entsetzliche Wirkung. Der Mittelschüler Stumpf, der Sohn eines Bahnverwalters, war sofort tot, die Schüler Köther und Kirchner wurden schwer verletzt. Die achtzehnjährige Seminaristin Strasser (Sablon) wurde sofort getötet, die Seminaristin Mohr wurde schwer verletzt. Sie ist später gestorben. Vier Seminaristinnen haben leichtere Verletzungen erlitten. Schwer verletzt wurden außerdem der Reisende Schütz, der Schüler Schwarz, die Ehefrau Forjonnell und der Lehrling Arbogast. Durch Glasplitter wurden mehrere Personen leichter verletzt. Der Flieger wurde vergeblich beschossen, er entkam in südlicher Richtung.

Unsere „U“-Boote.

Rotterdam, 19. März. (W. I. B. Nichtamtlich.) Der „Nieuwe Rotterdamse Courant“ meldet: Die englischen Dampfer „Advocat“ und „Leiris“, die in der Nordsee von deutschen Unterseebooten verfolgt wurden, sind gestern hier angekommen. Der Kapitän des „Advocat“ sagte aus, sein Schiff sei einem deutschen Unterseeboot vier Meilen von der holländischen Küste entfernt begegnet. England besitze keinen so großen Topp, wie dieser deutsche sei.

„U. 29.“

Wien, 19. März. (W. I. B. Nichtamtlich.) Die „Neue Freie Presse“ bespricht die Tätigkeit des deutschen Unterseebootes „U. 29“ und sagt: „Sein Erfolg muß als eine Rekordleistung bezeichnet werden. Von seinen unferen Segner wird über seine technische Vollkommenheit in einer Weise geurteilt, die zeigt, daß dieses Unterseeboot alles hinter sich läßt, was bisher auf diesem Gebiet geschaffen worden ist. Wir haben es hier anscheinend mit einem Unterseebootkreuzer zu tun, wenn man diesen Ausdruck bei einem immerhin kleinen Fahrzeug anwenden darf. Zweifellos ist, daß, wenn Deutschland über eine größere Anzahl solcher Fahrzeuge verfügen wird, die Abperrung Englands durch Unterseeboote noch eine ganz andere Gestalt annehmen wird als bisher.“

Der mißglückte Durchbruchversuch in der Champagne.

Fränkischer Zug und Trug.

Großes Hauptquartier, 18. März. (W. I. B. Amtlich.) Bei einem im Walde von Bolante in den Argonnen gefallenen französischen Offizier des 5. Kolonialregiments wurde der nachstehend gedruckte Befehl gefunden. Zunächst wurde das Schriftstück hier nicht ernst genommen, da es nicht glaubhaft erschien, daß sich die feindliche Heeresleitung zu der Herausgabe eines solchen Nachweises erniedrigen würde. Nachdem aber festgestellt ist, daß der Inhalt des Schriftstückes zahlreichen Gefangenen bekannt war, und nachdem westlich von Lille ein weiterer gleicher Abdruck des Befehls durch eine Kasete an unsere Truppen herübergeworfen wurde, kann an seiner Echtheit nicht mehr gezweifelt werden. Es steht also fest, daß die französische Heeresleitung mit folgendem Erlaß einen letzten Versuch unternahm, für den mißglückten Durchbruchversuch in der Champagne den entmutigten Truppen Dinge vorzutauschen, die ihnen neue Hoffnung einflößen sollten.

„Grand Quartier General, deuxième bureau 8. Mars 1915. Unser Sieg ist gewiß. Die französischen Armeen haben jetzt sieben Monate hindurch gekämpft mit dem Willen zum Siege. Von nun ab kämpfen sie mit der Gewißheit des Sieges.“

1. Die deutschen Verluste: Das deutsche Heer kann sich nicht mehr verstärken, weder an Zahl noch an innerem Gefechtswert. Es ist dem Untergang verfallen. Die Verluste der Deutschen einschließlich der Kranken übersteigen jetzt schon drei Millionen. Die Regimenter und Bataillone sind vollkommen verbraucht. Für die Regimenter sind durchschnittlich nur noch 12 Berufsoffiziere zum Dienst vorhanden, und da deutsche Offizierkorps sich nur aus den ersten Gesellschaftsreihen ergänzt, ist Deutschland nicht mehr in der Lage, den Truppen neue Offiziere zuzuführen. Die deutschen Geschütze sind abgenutzt. Viele ihrer Granaten trepierten nicht. Unsere Soldaten wissen es. Für die Rekrutenausbildung steht nur jedem dritten Mann ein Gewehr zur Verfügung.

2. Deutschland verhungert: Der Nachschub an Kriegsmaterial für die kämpfenden Truppen, schon bisher schwierig, fängt an, unmöglich zu werden. Die Flotten Englands und Frankreichs beschlagnahmen alle Waren, die von dem Auslande für Deutschland herangeführt werden. Die deutsche Zivilbevölkerung erhält Brot, Kartoffeln, Bier und Fleisch von der Regierung in nur unzureichender Menge. Beweise für die Unzulänglichkeit der Verpflegung finden sich in Briefen, die deutschen Gefangenen und Toten abgenommen worden sind. Die deutsche Regierung hat diesen Mangel selbst anerkannt, indem sie die amerikanische Regierung ersuchte, die Verpflegung der deutschen Zivilbevölkerung zu sichern und diese zu beaufsichtigen. Ein solcher Vorschlag, der übrigens von Amerika abgelehnt wurde, steht bisher einzig da in der Geschichte einer Großmacht. Das deutsche Geld hat in den neutralen Ländern einen Kursverlust von 15 Prozent erfahren. Die deutschen Soldaten, bisher von ihren Offizieren planmäßig über alle Kriegsergebnisse geklärt, fangen langsam an zu begreifen, daß Deutschland geschlagen ist, und daß die Hungersnot das durch unsere Waffen begonnene Zerstörungswerk vollenden wird.

3. Die Verbündeten Deutschlands geschlagen: Die Türkei, der Verbündete Deutschlands, wird in ihrer eigenen Hauptstadt durch die Flotte Englands und Frankreichs bedroht. Griechenland und Rumänien haben mobil gemacht, um sich uns anzuschließen. Die Russen haben soeben den Versuch eines deutschen und österreichischen Angriffes im Reime erstickt und dabei noch nicht einmal den fünften Teil ihrer ungeheuren Kräftequellen im Westen-Rückerschlag verbraucht. Die Serben haben die Oesterreicher für immer aus ihrem Lande vertrieben. Die deutschen Schlachtschiffe wagen nicht, den schützenden Hafen zu verlassen. Was die Unterseeboote anbetrifft, so haben wir und unsere Verbündeten schon mehr davon in den Grund geböhrt, als sie selbst Handelschiffe vernichten konnten. Der Sieg ist uns sicher. Ohne Mitleid für den Feind muß er bis zum letzten Ende durchgeführt werden.

4. Die Verbrechen der Deutschen: Mitleid verdient Deutschland wahrhaftig nicht. Seine Regierung hat durch den Einfall in Belgien seine Vertragspflicht gegen dieses edle Land auf das gründlichste verletzt und im Lande des Feindes jedes Völkerrecht außer Acht gelassen. Die deutschen Truppen haben offene Städte beschossen, mehrlose Dörfer in Brand gesteckt, Greise und Kinder ermordet, Frauen und Mädchen geschändet. Die Unterseeboote haben sogar neutrale Handelschiffe versenkt. In den Gebieten Frankreichs und Belgiens, in denen die Deutschen zurzeit haufen, zwingen sie die Frauen, deren Männer im Felde stehen, sich ihrem brutalen Willen zu fügen. Viele der Unglücklichen gehen schwanger infolge der Vergewaltigung.

5. Die Leiden der französischen Gefangenen: In zahlreichen Kämpfen haben wir gesehen, wie die Deutschen in planmäßiger Bestialität unsere Bewunderten mit dem Bajonett töteten. Die wenigen, die als Gefangene abgeführt worden sind, sind in Deutschland fürchterlicher Willkür und Gemeinheit ausgeliefert. Sie sterben vor Hunger. Ihre Nahrung besteht aus Morgens und des Abends aus einem Aufguss von Eiern, des Mittags aus einer Suppe, dazu sei für fünf Mann ein verschimmeltes Brot.

6. Der fiktive Sieg: Welche Schlachtfolgegerungen sind nun aus alledem zu ziehen? Zunächst die Mahnung, unsere Kräfte doppelt anzupressen, um das nahe Ziel zu erreichen, nämlich die Sicherstellung und dauernde Erhaltung des europäischen Friedens, andererseits aber die Ueberzeugung, daß es besser ist, auf dem Schlachtfelde zu sterben als den Deutschen in die Hände zu fallen und an Enttäuschung oder Schwindel in ihren Kerlern elend umzukommen. Also vorwärts! Vertrauensvoll mit aller Kraft dem sicheren Siege entgegen, dem Siege des Vaterlandes und der Republik, dem Siege von Recht, Freiheit und Sitte.“

Eine Erläuterung zu diesem Befehle zu geben, erübrigt sich.

Oberste Heeresleitung.

Von den östl. Kriegsschauplätzen.

Großes Hauptquartier, 20. März. (W. I. B. Amtlich.) Auf der Ostfront verlief der Tag verhältnismäßig ruhig. Die Russen haben Memel besetzt.

Oberste Heeresleitung.

Wien, 20. März. (W. I. B. Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart: An der Karpatenfront haben keine besonderen Ereignisse stattgefunden. In einigen Abschnitten war lebhafter Gefechtskampf im Gange.

Nordwestlich Raborna wurde ein Nachtangriff mehrerer russischer Bataillone, der bis auf hundert Schritt an unsere

Stellungen herangekommen war, blutig abgewiesen. An den übrigen Teilen der Gefechtsfront in Südostgalizien herrscht verhältnismäßig Ruhe.

In Polen und Westgalizien hat sich nichts ereignet.

Die tapferste Befehls von Przemyśl unternahm gestern seit längerer Zeit einen Ausfall, diesmal in östlicher Richtung. Sie traf auf starke feindliche Kräfte und zog sich nach mehrstündigem Gefecht hinter die Gürtellinie zurück.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs v. Höfer, Feldmarschalleutnant.

Großes Hauptquartier, 21. März. (W. I. B. Amtlich.) Zwischen Omulew und Oran wurde ein russischer Angriff abgelehnt, wobei wir 2 Offiziere, 600 Russen zu Gefangenen machten.

Zwei russische Nachtangriffe auf Jednorozel brachen in unserem Feuer zusammen.

Oberste Heeresleitung.

Wien, 21. März. (W. I. B. Nichtamtlich.) Amtlich wird verlautbart: 21. März, mittags: In den Karpaten kam es gestern in der Front zwischen dem Ujoler Paß und dem Sattel von Konieczna zu heftigen Kämpfen. Schon in der Nacht vom 20. dieses Monats versuchten feindliche Abteilungen, durch überraschendes Vorgehen einzelne unserer Stützpunkte zu nehmen. Sie wurden überall unter großen Verlusten abgewiesen. In den Morgenstunden wiederholten sich die russischen Angriffe in größerem Umfang. Die sich entwickelnden Kämpfe dauerten in einzelnen Abschnitten den ganzen Tag über an. Bis zum Abend waren die gegen unsere Stellungen am San bei Smolnil und Alsopagony vorgehenden russischen Kräfte zurückgeschlagen. 1070 Mann wurden gefangen. An den übrigen Fronten hat sich nichts Wesentliches ereignet.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabs: von Höfer, Feldmarschalleutnant

Zwischen Rjemen und Weichsel.

Zürich, 19. März. (W. I. B. Nichtamtlich.) Der militärische Mitarbeiter der „Neuen Züricher Zeitung“ bespricht die Lage zwischen Rjemen und Weichsel und betont das bewusste Anhalten der deutschen Verfolgung nach der Schlacht durch höheren Führerwillen. Er hebt die außerordentlich gezielte Gruppierung der Truppen hervor, deren linker Flügel eine ständige Planenbedrohung für die russischen Vorkräfte aus der südlichen Hälfte des Rjemen-Abchnittes bilde. Zudem stände er zur freien Verfügung des Führers. So gestalte sich im ersten März-Drittel die Lage im Rjemen-Abchnitt derart, daß die Russen von der beabsichtigten, teilweise schon ins Werk gesetzten Offensive abließen und nahe am Fluß im Bereich der Festungen auswichen. Der deutsche Erfolg wäre aber um so bemerkenswerter, weil er nicht durch langwierige verlustreiche Gefechte herbeigeführt wäre, sondern durch eine gezielte operative Gruppierung und rechtzeitigen Wechsel zwischen angriffsweisem Verfahren und glücklichem andauerndem Mandrieren zur gegebenen Zeit. Es sei ein neuer Sieg, der durch die Weichsel gewonnen worden wäre.

Die ostpreussischen Grenzbezirke nach dem Russeneinfall.

Königsberg i. Pr., 20. März. (W. I. B. Nichtamtlich.) Ueber den Zustand im Kreise Olekto berichtet man von zuständiger Seite u. a. folgendes: Im Kreise Olekto sind durch den Einfall der Russen rund 280 Gehöfte ganz, 234 Wohngebäude, 570 Ställe und Scheunen zerstört worden. Die Gotteshäuser sind im ganzen erhalten geblieben. Nach den bisherigen Feststellungen schleppten die Russen aus dem Kreise 430 Personen, darunter 52 Frauen und 60 Kinder (!) fort. Als umgebracht sind bisher ermittelt worden 32 Männer und 2 Frauen. Es ist leider zu befürchten, daß sich diese Zahlen erheblich erhöhen werden. Die Zahl der gegenwärtig vorhandenen Personen beträgt schätzungsweise 4000. Die Landbevölkerung ernährte sich, bis durch die Behörden Lebensmittel herangeschafft wurden, durch ungelagerte Kartoffeln und mit Handmühlen geschrotetes Brotgetreide. Als Ersatz für Salz wurde vielfach Rainit verwendet. Außer in den Grenzbezirken sind die Vorräte an Brotgetreide fast ganz erhalten. Das gleiche gilt für die Kartoffelbestände. Hager ist nur an ganz wenigen Stellen in nennenswerten Mengen vorhanden. Die landwirtschaftlichen Maschinen sind fast sämtlich von den Russen geraubt worden. Etwa 800 landwirtschaftliche Maschinen, die von den Russen zusammengeklappt waren, sind in Philipowo vorgefunden worden und werden an die Landwirte verteilt.

Türkei und Dreiverband.

Alle Dardanellen-Forts und Batterien vollkommen unversetzt.

Konstantinopel, 19. März. (W. I. B. Nichtamtlich.) Am durch Beobachtungen unparteiischer kompetenter Zeugen die durch das neutrale Bureau und die Presse der Alliierten verbreiteten lägenhaften Berichte über die bisherigen Ergebnisse der gegen die Dardanellen gerichteten Operationen zu widerlegen, hatte der Kriegsminister den amerikanischen Botschafter Morgentau und den österreichisch-ungarischen Militärbevollmächtigten, Generalmajor Pomalinowski sowie den Justizminister Ibrahim Bey, den Senator Marschall Fuad Pascha, die Deputierten Ali, Bairdar und Ridat und mehrere andere Persönlichkeiten eingeladen, die Dardanellen zu besichtigen. Die genannten Persönlichkeiten, die von der Besichtigung bereits zurückgekehrt sind, nahmen alle wichtigeren Verteidigungsobjekte in Augenschein und stellten fest, daß alle Forts und Batterien ohne Ausnahme mit Einschluß sämtlicher Geschütze vollkommen unversetzt und die sie verteidigenden Offiziere und Mannschaften von herrlichem Geiste erfüllt und voll unerschütterlichen Vertrauens sind. Eingehende Berichte aus neutraler Quelle in Smyrna stellen neuerdings den vollständigen Mißerfolg der letzten Beschießung von Smyrna durch die feindliche Flotte fest. Von 500 Schiffen, welche die englischen und französischen Kriegsschiffe abgaben, erreichten nur vier ihr Ziel. Die türkischen Forts erwiderten das Feuer tapfer und mit vielem Erfolg. Die Bewohner der Stadt gingen ruhig ihres Weges und hatten nur Worte des Spottes für die Ungeschicklichkeit der feindlichen Flotte.

Jubel am goldenen Horn.

Konstantinopel, 19. März. (U.) Die Nachricht von dem Untergang des Panzerkreuzers „Bouvet“ erweckte in der Stadt große Begeisterung. Nach Meldungen von den Dardanellen erhielt der „Bouvet“ gleich nach Beginn des Bombardements mehrere Volltreffer von den türkischen Bate-

rien auf große Entfernung. Die Schiffe des Kreuzers sturmen sofort. Offenbar war im Innern des Schiffes Feuer ausgebrochen und die Mannschaft mußte sich dem Brand zu lösen. Kurz darauf sah und hörte man deutlich eine heftige Explosion und der „Bouvet“ versank in den Wellen. Die Mannschaft ist wahrscheinlich noch in der Nähe befindlichen Panzerschiffen der Verbündeten gerettet worden.

Konstantinopel, 20. März. (W. I. B. Nichtamtlich.) Das Hauptquartier teilt mit: Durch die Nachrichten von der Landseite her ist zweifellos festgestellt, daß während der Schlacht in den Dardanellen das russische Panzerschiff „Bouvet“ vor dem Untergang von Bomben großen Kalibers getroffen wurde. Fünf von seinen Granaten erreichten die „Queen Elizabeth“ und versenkten sie. „Inflexible“. Aus unserer Seite wurde nur ein tragendes Geschütz beschädigt. Unsere Verluste an Verwunden betragen ungefähr 20 Tote. Heute hat der Feind einen Unternehmung gegen die Dardanellen versucht.

Konstantinopel, 21. März. (W. I. B. Nichtamtlich.) Das Hauptquartier meldet: Die Flotte der Alliierten unternahm heute keinen Angriffsversuch gegen die Dardanellen.

„Der kritischste und gefährlichste Teil.“

London, 20. März. (W. I. B. Nichtamtlich.) Korrespondent der „Daily Mail“ Ward Price meldet: Tenebros vom 17. März: Der kritischste und gefährlichste Teil der Operationen gegen die Dardanellen soll jetzt beginnen. Die Flotte muß in die Dardanellen eindringen und sich innerhalb des Radius der Küstenbatterien bewegen. Es ist auch möglich, daß die über verborgene Geschützstellungen verfügen oder über torpedobohrer, die gebraucht werden sollen, wenn die Flotte in der engen Durchfahrt steht. Die Landungsstruppen der Halbinsel Gallipoli versprechen sich bei der Eroberung dieses Teiles der Dardanellen besonders nützlich zu erweisen, da man glaubt, daß die Befestigungen auf der Landseite offen sind. Die Niederwerfung der Forts auf der türkischen Seite würde vereinfacht, wenn erst die europäische Seite, die höher ist und die asiatische Seite beherrscht, genommen ist.

Deutscher Reichstag.

(8. Sitzung.)

Berlin, 20. März. Am Tische des Bundespräsidenten Dr. Delbrück, Dr. Solz und Dr. Helfferich. — Die Beratungen des Reichstages bis zum 18. Mai wird genehmigt. — Der Auslieferungsvortrag mit Paraguay wird in 1. und 2. Lesung angenommen. — Die 2. Etatsberatung wird heute beim Etat des Innern.

Abg. Dr. Stadthagen (Soz.): Die Auffassung, daß der Belagerungszustand die Pressefreiheit aushebe, ist in der Pressefreiheit eingetrickt, muß erst im Rahmen der bestehenden Gesetze und Verordnungen arbeiten. Die Zensur hat vielfach eingegriffen, wo von einer Einschränkung der öffentlichen Sicherheit nicht im Entferntesten Rede sein konnte. In Berlin sind schon vielfach Zeitungen vorübergehend verboten worden. Im Gesetz steht nichts davon, daß Presseverbote überhaupt zulässig sind. Die Maßnahmen der Zensur haben nur dem deutschen Ausland, das im Ausland. Unser Volk ist mündig, es braucht keine Zensur, am allerwenigsten keine Militär- und keine Polizeizensur.

Abg. Hausmann (Vp.): Die Presse, einschließlich der sozialdemokratischen, hat ihre wichtige Aufgabe während des Krieges in anerkannter Weise erfüllt. Da die deutschen Offizierskorps mit Politik sich nicht befassen, mußten zum Teil der Zensur gewisse Inkonsequenzen eintreten. Der Mangel eines Gesetzes baldigt abgeholfen werden. Der Belagerungszustand gibt den Militärbehörden nicht das Recht, als den Zivilbehörden. Was darüber hinaus den öffentlichen Sicherheit beschränken, die allgemein verstanden, denn daß wir im öffentlichen Interesse uns eine gewisse Beschränkung auferlegen. Dem Staatssekretär sprechen Sie unsern Dank aus für die Bewältigung der großen Arbeit inneren Politi, die auf ihm ruht. Bei der Frage der Erörterung, wie man sich sogenannten Kriegssünden und Exzesse der Begehrlichkeit, die auch der Abstinenz durchaus schädlich. Es wäre das eine glückliche, was man tun könnte, wenn man sagen würde, wir wollen überhaupt nichts erwerben. Das würde sehr segner stärken. Eine Völkergier würde aber wieder ein Zeit werden die Neutralen schädlich wirken. Der Reichstagsrat muß die diesen Fragen mit dem Reichstage in Fühlung bleiben. Der Reichstag ist uns die Verbindung mit dem Volke herzustellen. Je größer die Selbstbeherrschung ist, die wir uns auferlegen, um so größer ist auch der Anspruch auf Freiheit, den das Volk nachher erwarten kann. Wenn wir den Sieg erringen werden durch die tapferen Truppen, können wir Stunde gewinnen. Stunde ihnen höchste Dankbarkeit schulden. (Beifall.)

Es folgt der Abschnitt des Belagerungszustandes.

Abg. Ledebour (Soz.): Der Staatssekretär hat in Handhabung kritischen, daß es im Reiche überhaupt Ausnahmegeetze gibt, dabei ist das Reichsvereinsgesetz ein Ausnahmegeetz, das der Art. Wir wollen alle Ausnahmegeetze beseitigen, die maskierten, die unter der falschen Flagge der Neutralität auftreten. Die Ausnahmestellung der fremdprädiglichen Teile belästigen wir, weil sie eine Quelle wenig nationaler Geistes ist. In Elsaß-Lothringen sind 80–90 französische Landgemeinden plötzlich unter ein allgemeines Verbot des Gebrauchs der Muttersprache gestellt. Jetzt hat doch der Militärbehörde gerade auf diesem Gebiete die mehr Abstinenz gehört. Was würden Sie dazu sagen, wenn man ihnen zumute, binnen 14 Tagen nur das Französische zu sprechen? Das sind die schlimmsten Schandwerke, die in dieser Art den französischen Teil des Reiches gerade in die Arme Frankreichs hineintreiben. (Zurück.) Es wurde die Parole ausgegeben gegen den Zarisismus. Da hätte man vor allem die zaristischen Alliierten der deutschen Regierung beseitigen sollen. Wie kann die oberste Heeresleitung anordnen, daß für jedes niedergebrachte deutsche Dorf drei russische Dörfer verbrannt werden sollen? Ich war entsetzt, als ich das las. (Zuruf von Dr. Stadthagen: Das ist eine Barbarei. — Stürmische Entrüstung im ganzen Hause. Graf Westarp ruft: Das ist eine erschütternde Kritik, das ist Landesverrat.) Wenn russische falschen Dörfer niederbrennen, so verurteilen wir das, aber es rechtfertigt es nicht. (Stürmische Schlußrufe.)

Vizepräsident Dove: Ich rufe den Abgeordneten Dove wegen seines Zwischenrufes „Barbarei“ zur Ordnung. Eine Kritik der Maßnahmen der Heeresleitung werden unter den jetzigen Umständen nicht mehr zulassen. (Beifall.) Abg. Ledebour: Von den Maßnahmen der Heeresleitung werden gerade die Polen und Litauer betroffen. Vizepräsident Dove: Sie haben kein Recht, die Heeresleitung zu kritisieren. — Abg. Heine (Soz.) ruft: Der

...spricht nicht im Namen der Fraktion. (Lebhafte Beifälle bei den Sozialdemokraten und bürgerlichen Parteien.)
Abg. Ledebour: Ich habe hier als Sozialdemokrat als deutscher Patriot gesprochen. (Großes Gelächter.)
Staatssekretär Delbrück: Es entspricht nicht der Sitte, wenn ich auf diese Rede antworte. Ich will auch nicht in die Rechte des Präsidenten eingreifen, halte mich doch für verpflichtet, die Verwaltung von Eljah-Lohr gegen den Vorwurf des Hochverrats mit aller Bestimmtheit in Schutz zu nehmen. (Lebhafte Beifälle.)
Abg. Graf Westarp (Ions.): Ich hoffe, die sozialdemokratische Fraktion wird den Mut finden, die heutigen Vorgänge zu desavouieren. Sie schaden dem Vaterlande der schwersten Stunde, die es vielleicht je erlebt hat. (Lebhafte Zustimmung.)
Abg. Baffermann (natl.): Wir müssen Klarheit haben, ob Ledebour im Namen der Fraktion gesprochen hat, oder nicht. Wer die Verwüstungen in Ostpreußen gesehen hat, wer da weiß, wie Frauen dort vergewaltigt werden, der muß verlangen, daß unsere Heeresleitung mit aller Energie gegen solche Schandtaten vorgehe. (Lebhafte Zustimmung.)
Abg. Gräber (Zentrum): Die Sozialdemokraten haben im August und September auf den Boden des gemeinsamen Vaterlandes gestellt, was wir dankbar anerkennen. Mit dieser Stellungnahme sind die heutigen Äußerungen unvereinbar. (Sehr richtig.) Gegenüber den russischen Greuelen mußte das Mittel der Vergeltung Platz greifen.
Abg. Fischel (f. Sp.): Wir haben uns gestern im Reichshaus gefreut über die Töne, die Herr Scheidemann gesprochen, und wir bedauern, daß im Gegensatz zu dem heute dieser Art gesprochen wurde. Man soll aber mit Rücksicht auf die Personen, die es taten, die Sache nicht überblenden. (Sehr richtig.) Das hilft uns über den Schmerz hinweg. (Beifall.)
Abg. Schulz-Bromberg (Rp.): Ich hoffe, der Fledermaus auf der linken Einnütigkeit des deutschen Volkes entgegen ist, wird nur ein kleiner Fled bleiben. Die letzte Möglichkeit von Hilfe für unsere grausam mißhandelte Bevölkerung in Ostpreußen, die hier als Barbarei bezeichnet wurde, lag eben in der Anwendung von Repressalien. Wir erwarten, daß die sozialdemokratische Partei diese Mitglieder sich abkühlt. (Beifall.)
Abg. Ledebour (Soz.): Ich bin überzeugt, daß man auch in Deutschland die Gerechtigkeit und Notwendigkeit meiner Ausführungen anerkennt. (Lachen.)
Abg. Scheidemann (Soz.): Im Auftrage des Bundes der Fraktion erkläre ich: Ledebour war lediglich beauftragt, über den Sprachen-Paragraphen zu sprechen. Was er darüber hinausgehend ausgeführt hat, hat nur für seine Person gesagt. (Zuruf von rechts: Mißbilligen Sie es?)
Abg. Hansen (Däne): Auch gegen die Dänen werden noch Ausnahmegeetze angewandt, obwohl sie voll ihre Pflichten tun.
Abg. Senda (Polen): Die Regierung vertraut uns die Zukunft. Das befriedigt uns nicht.
Die Aussprache wendet sich dem Vereinsgezet zu.
Abg. Heine (Soz.): Es ist keine Ehre für das deutsche Volk, daß der Sprachen-Paragraph immer noch besteht. Auch der Jugend-Paragraph muß aufgehoben werden. Die Gemeindefreien, Turnvereine usw. dürfen nicht länger als politische Vereine behandelt werden. Dies sollte entsprechend der Forderung der Budgetkommission durch Notgesetz schnell verhindert werden. Uns liegt daran, daß die Einheit des deutschen Volkes nicht gestört wird.
Abg. Liesching (f. Sp.): Wir stimmen der Aufhebung des Sprachen-Paragraphen vorbehaltlos zu. Es darf kein Bürger niederen Rechtes mehr geben.
Staatssekretär Delbrück: Die heute erlebte Stunde wird in der Geschichte der Erinnerungen bleiben. Ledebours Äußerung ist sehr verfassungswidrig. Sie war auch im höchsten Maße verwerflich, denn sie betraf den geehrtesten Helden, den das Vaterland in diesem Kriege hat. (Lebhafte Zustimmung.) Es werden sich auch Forderungen, die eine völlige Umgestaltung der Arbeit, materiellen Politik und Gesetzgebung erheischen. Mit solchen Forderungen kann sich jetzt nicht beschäftigen. Das Vereinsgezet ist ein allgemeines Gesetz. Es ist ein allgemeines Gesetz, wenn es auch einzelne Bestimmungen als Ausnahmerecht insofern anzuwenden werden, als sie nur einzelne Teile der Bevölkerung betreffen können. Aus Grund der Erfahrungen dieser großen Zeit werden wir wahrscheinlich zu prüfen haben, wie weit man die Änderung sich auch auf die Jugendpflege zu erstrecken lassen hat. Die Gewerkschaften müssen ihre wichtigen wirtschaftlichen Aufgaben zu erfüllen in der Lage sein, der Staat aufzuheben einen Mißbrauch ihrer großen wirtschaftlichen und politischen Rechte verhindern können. Ein großer Teil der Bevölkerung wird infolge der Erfahrungen des Krieges von selbst zu erwachen. (Lebhafte Zustimmung.) In der Kommission hat man sich darüber einig, daß der Reichskanzler dafür verantwortlich ist, daß der Belagerungszustand in der Handhabung durch die militärischen Befehlshaber. Eingriffe sind vorgekommen, aber im allgemeinen hat man dankbar anerkennen, daß unsere stellvertretenden Bevollmächtigten Generale sich dieser Aufgabe bei der Handhabung des Belagerungszustandes unterzogen haben. Die Dankbarkeit ist ihnen von sozialdemokratischer Seite zuteil geworden. In Kriegszeiten ist die Zensur unentbehrlich. Nur in ihrem Umfang besteht Streit. Sie muß sich auf das Notwendige beschränken. Die Präsidentenjurisprudenz ist lediglich militärische Nachrichten. Gelegentlichen Ungleichmäßigkeiten in der Handhabung kann erst ein Gesetzentwurf, dann ein Gesetz abheben. Die Fürsorge für unsere Invaliden ist die Hinterbliebenen der Gefallenen ist der Regierung eine große Aufgabe. (Lebhafte Zustimmung.) Eine gesetzliche Regelung ist aber erst möglich, wenn sich die finanziellen Mittel der notwendigen Maßnahmen erkennen läßt. Wir lernen alle aus dem Kriege, daß wir nicht nur in der Zukunft, sondern in ethischer Beziehung reicher sind, als wir geglaubt haben, daß die Liebe zum Vaterlande ein unerschöpfliches heiliges Gut jedes Deutschen ist. In diesem Sinne haben sich die Verhandlungen in der Kommission abgeleitet. Was uns sonst getrennt hat, ist in den Hintergründen getreten. Das ist ein unergänzlicher Erfolg dieser Kommissionsberatung. (Beifall.) Unvergessen bleiben wird das, was Herr Scheidemann neulich hier ausführte. Er hat uns von uns wird die warmen Töne vergessen, die er der Jugendzeit und Liebe zum deutschen Vaterlande ausgesprochen hat. (Lebhafte Zustimmung.) Die Erinnerungen an das, was Herr Ledebour gesagt hat, pflegen, dann werden wir nach dieser Zeit auf die Konsequenzen in Gesetzgebung und Verwaltung uns nutzbar machen zum Segen des deutschen Vaterlandes. (Beifall.)

Der Etat wird erledigt. Die Entschließung, die die Herstellung von Trinkbranntwein verbieten will, wird abgelehnt. Die anderen Entschließungen werden angenommen. (Schluß folgt.)
Haus der Budgetkommission des Reichstages.
Berlin, 18. März. (W. T. B. Nichtamtlich.) Die Budgetkommission des Reichstages setzte heute ihre Beratungen fort. Ein Antrag auf Änderung des Paragraphen drei, Absatz eins des Vereinsgesetzes vom 19. April 1908 wurde von einem Kommissionsmitglied damit begründet, daß die bisherige Behandlung der Gewerkschaften als politische Vereine im Sinne des Vereinsgesetzes beseitigt werden soll. Schon die Begriffsbestimmung des politischen Vereins im Vereinsgesetz würde den Gewerkschaften gegenüber als Ausnahmegezet und stelle diese schlechter, als sie unter dem preußischen Vereinsgezet standen, wonach ein Verein nur dann ein politischer war, wenn er bezweckte, politische Gegenstände in Versammlungen zu erörtern. Zu dieser Definition müsse man zurückkehren. Das bloße Einwirken auf politische Angelegenheiten dürfe nicht als Entscheidend angesehen werden. Die Rechtsprechung der höchsten Gerichtshöfe habe den Begriff „politischer Verein“ übermäßig ausgedehnt. Da die Verwaltungsbehörden daran gebunden seien, habe man jeden Arbeiterverein, sogar Turnvereine, als politische behandelt. Vor allem seien auch vielfach Gewerkschaften als politische erklärt worden. Während des Krieges hätten allerdings die Verwaltungsbehörden derartige Verfügungen zurückgezogen, aber nur unter der Aufrechterhaltung des Prinzips. Aus diesem Dilemma sei nur unter Änderung des Gesetzes herauszukommen. Schon während des Krieges eine solche Regelung nach Maßgabe des vorliegenden Antrages vorzunehmen, sei möglich, da es sich bei diesem Vorschlage nur um eine einfache Änderung des Vereinsgesetzes handele, dagegen die weit komplizierteren Fragen des Koalitionsrechtes und die privatrechtliche Seite des Gewerkschaftswesens außer Betracht gelassen seien. Es sei aber auch nötig, die Regelung nicht zu verschieben, da andernfalls nach Friedensschluß der innere Kampf sofort wieder ausbräche. Wir wollten doch aber alle auch nach dem Kriege ein einiges Volk bleiben. Die Gewerkschaften hätten bei Kriegsausbruch ihre Hilfe aus freiem Entschlusse angeboten und würden sie weiter leisten, wie lange auch der Krieg noch andauere. Sie wünschten auch nicht Gabe gegen Gabe; aber man solle das Vertrauen der draußen Kämpfenden nicht enttäuschen und das Beste und Beste, was dieser Krieg uns gebracht, nicht verderben. Der Staatssekretär des Innern drückte die Hoffnung aus, daß uns die bedeutsame Errungenschaft des Krieges, die Einigung zwischen Volksteilen, die sich bisher bitter bekämpften, über den Krieg hinaus erhalten bleibe als dauerndes Vermächtnis dieser großen Zeit. Hüben wie drüben habe man sich jetzt über vieles besser belehrt. Er sei deshalb überzeugt, daß, wenn die Zeit gekommen sei, es gelingen werde, das Gesetz in der Verwaltungspraxis den veränderten Verhältnissen anzupassen. Alle Schwierigkeiten in der Handhabung der doch recht liberalen Gesetze, wie z. B. des Vereinsgesetzes, lägen ja nicht in der Struktur der Gesetze selbst, sondern im scharfen innerpolitischen Gegensatz, der zwischen den einzelnen Parteien sowie zwischen der Regierung und einzelnen Parteien bestand. Der Krieg lasse die Beseitigung der Anschauungen, die zu diesen Gegensätzen führten, erhoffen. Nur so, nicht aber durch mehr oder weniger veränderte Formulierung der Gesetze könne man zu wünschenswerten innerpolitischen Ergebnissen gelangen. Wollte man jetzt das Vereinsgezet so revidieren, wie der vorliegende Antrag es ansetze, so würde man sofort wieder den gleichen Schwierigkeiten begegnen, die sich bei Erlass des Gesetzes zeigten. Bei der Gewerkschaftsfrage sei es ein Fehler der gesetzgeberischen Behandlung gewesen, daß man die Gewerkschaften sich als freie Vereine entwickeln ließ ohne die Vorteile, aber auch ohne die Schranken, die eine festere Eingliederung in das Rechtsleben mit sich gebracht hätten. Während des Krieges könne man eine dann der Fall, wenn sie über den Rahmen des rein wirtschaftlichen Gebietes hinaus auf das allgemeine rein politische Gebiet übergreife. Es wäre ein vergeblicher Versuch des Reichstages, bei seinem nächsten Zusammentritt ein neues Vereinsgezet vorzulegen. Ein solcher Entwurf würde voraussetzungsgemäß dieses Zustandes nicht herangezogen werden. Sollte es später zu einer gesetzlichen Neuregelung kommen, werde sie so gestaltet werden müssen, daß sie den Gewerkschaften die erforderlichen Freiheiten bietet, ihre wirtschaftlichen und charitativen Aufgaben zu erfüllen, daß sie aber auch gewisse Schranken insofern zieht, daß die Gewerkschaften ihren bedeutenden Einfluß nicht für Zwecke verwenden dürfen, wozu sie nicht bestimmt sind. Schon nach dem gegenwärtigen Recht sei kein Anlaß, eine Gewerkschaft als politischen Verein im Sinne des § 3 des Vereinsgesetzes zu behandeln, soweit sie sich lediglich in Erfüllung der Aufgaben aus § 152 der Gewerbeordnung betätigt. Das sei erst sichtlich die gesetzgebenden Körperschaften länger als ein Jahr beschäftigen. Viel wichtiger sei es, wenn in weiten Kreisen die Erkenntnis durchdränge, daß die Gewerkschaften wirtschaftlich notwendige Organisationen seien, daß sie während des Krieges ihre Mittel und Einrichtungen in ganz besonderer Weise in den Dienst der vaterländischen Interessen gestellt hätten und dementsprechend in der Verwaltungspraxis zu behandeln seien. Das schließe nicht aus, daß nach dem Kriege auch der angeordneten gesetzgeberischen Regelung der Gewerkschaftsfragen nähergetreten und dabei auch die Stellung der Gewerkschaften zum Vereinsgezet neuerlich geprüft werde. Bei der Abstimmung wurde der Antrag über die Änderung des Paragraphen 3, Absatz 1 des Vereinsgesetzes dem Reichskanzler zur Berücksichtigung überwiesen. In dem gleichen Gezet die Paragraphen 12 und 14, Ziffern 3 und 6, Paragraph 19, Ziffer 3, Paragraphen 17 und 18, Ziffern 5 und 6 zu streichen, wurden angenommen. — Sodann wurde ein Antrag beraten, wonach in Paragraph 189 der Krankenversicherungsgesetzordnung hinter dem Worte „Versicherung“ eingefügt werden soll: „die ihm Rechtsanspruch auf Krankenhilfe gibt“. Begründet wurde der Antrag damit, die durch die Rechtsprechung des Reichsversicherungsamtes dieser Bestimmung gegebene Auslegung habe zur Folge, daß die von den Gewerkschaften gewährten Krankenunterstützungen den Unternehmern, nicht aber den Arbeitern zugute kommen, da sie nur die Fabrikkrankenlasten entlaste. Würde hier nicht eine Änderung herbeigeführt, die nur im Wege der Gesetzgebung zu erreichen wäre, dann würden sich die Gewerkschaften zu ihrem Bedauern in die Notwendigkeit versetzt sehen, ihrerseits die Gewährung von Krankenunterstützung gänzlich einzustellen. Der Regierungsvertreter erwiderte, Paragraph 189 der Krankenversicherungsgesetzordnung habe nicht ein neues Recht geschaffen, sondern enthalte nur den Grundsat, der sich schon in Paragraph 26a des Krankenversicherungsgesetzes finde. Danach solle die Erkrankung des Arbeiters ihm unter keinen Umständen höhere Einnahmen bringen dürfen, als er regelmäßig

beziehe. Solange diese Vorschrift bestehe, dürfe verschiedene Behandlung der Rechtsansprüche und der gewerkschaftlichen Unterstützungsansprüche nicht eintreten.
Berlin, 19. März. (W. T. B. Nichtamtlich.) In der Sitzung der Budgetkommission des Reichstages vom 18. März wurde ein Antrag auf Aufhebung der gegen einzelne Teile des deutschen Volkes gerichteten gesetzlichen Ausnahmebestimmungen erörtert. Hierdurch wurde insbesondere die Aufhebung des Jesuitengesetzes gefordert und die Politik gegenüber den nicht deutsch sprechenden Volksteilen einer Kritik unterzogen. — Der Staatssekretär des Innern wies darauf hin, daß der Verlauf der Debatte beweise, wie kompliziert die ganze Angelegenheit sei, und daß es ohne eine tiefe Beunruhigung weiter Volksteile nicht möglich sei, gesetzgeberische Maßnahmen in der von den Antragstellern gewünschten Richtung zu ergreifen. Deshalb müsse der Standpunkt aufrecht erhalten werden, daß an diese Fragen erst nach dem Kriege heranzutreten werden könne. Darüber, was ein Ausnahmegezet sei, gingen die Meinungen auseinander. Verstehe man mit ihm darunter Ausnahmen vom gemeinen Recht, die sich gegen bestimmte Bevölkerungsklassen richten, so müsse das Jesuitengesetz als ein aus dem Kulturkampf übrig gebliebenes Ausnahmegezet bezeichnet werden, das infolgedessen nach dem Kriege jedenfalls auf seine Haltbarkeit um so mehr werde geprüft werden müssen, als große Parteien ihre Anschauungen hierüber schon gewandelt hätten und noch zu wandeln schienen. Das Vereinsgezet enthalte keine Ausnahmebestimmungen. Insbesondere sei der Sprachenparagraph keine solche Ausnahmebestimmung, er gehöre in das System von Ausnahmen, über das nur bei der in Aussicht gestellten Revision der inneren Politik, insbesondere der Polenpolitik, über welche der Minister des Innern im Abgeordnetenhaus das Erforderliche gesagt habe, Beschluß gefaßt werden könne. Der Antrag, „den Bundesrat zu ersuchen, die gegen einzelne Teile des deutschen Volkes gerichteten gesetzlichen Ausnahmebestimmungen alsbald zu beseitigen“, wurde angenommen.
England und die allgemeine Wehrpflicht.
London, 18. März. (U. Privattelegramm.) Die „Times“ bringt einen bemerkenswerten Artikel, der die Notwendigkeit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht propagiert. Das Blatt sagt u. a.: Die Verluste der Engländer bei Neuve Chapelle lege die Frage nahe, woher man die Reservisten nehmen solle, wenn der Feldzug nach einigen Wochen ernsthaft beginnt. Wenn das freiwillige System wirklich abgeschwächt wird, so wollen wir und müssen an das Volk die Mahnung richten, andere Maßnahmen in Erwägung zu ziehen.
China und Japan.
Kopenhagen, 19. März. (U.) Die Petersburger Zeitung „Kietich“ meldet: Der Widerstand Chinas gegen die Forderung Japans beginne dort große Entrüstung hervorzurufen. Die Presse beschuldigt Amerika, den Chinesen den Rücken zu steifen. Die Zeitung „Kininnizi“ bereitet auf ernste Ereignisse vor. Japan stehe wiederum vor der Unvermeidlichkeit eines Krieges mit Amerika. (B. 3.)
Amsterdam, 19. März. Nach einem Telegramm aus Peking an den „Daily Telegraph“ wird die chinesische Regierung die Forderung, die sie im Gegensatz zu ihrer Souveränität stellt unter keiner Bedingung bewilligen. China warte ruhig, so heißt es im Telegramm des „Daily Telegraph“, den Frieden Europas ab und ist überzeugt, daß England den Bestimmungen des Vertrages mit Japan über die Unantastbarkeit des chinesischen Grundbesitzes nicht allein nur nach dem Buchstaben, sondern auch nach seinem Geiste Recht verschaffen wird. Deshalb schreibe man hier der Frage, ob Japan Truppen nach China bringen wird, untergeordnete Bedeutung bei. (Privattelegramm.)
Lokaler und vermischter Teil
Limburg, den 22. März 1915.
Von amtlicher Stelle wird uns folgender Aufruf an die Bevölkerung übersandt: Die Knappheit der Vorräte an Brotgetreide muß eine entsprechende schärfere Heranziehung der Kartoffeln für die menschliche Ernährung, namentlich in der breiten Masse des Volkes zur notwendigen Folge haben. Wenn auch zur Zeit noch nicht feststeht, welche Kartoffelmengen uns zur Verfügung stehen, so ist es doch bereits eine unerlässliche notwendige Arbeit, dahin zu wirken, daß die Fütterung der Kartoffeln an Vieh auf's Neueste eingeschränkt wird. Als das einzige Mittel, um die für die Sicherung der Volksernährung notwendige Schonung der Kartoffelvorräte zu erreichen, bleibt eine weitgehende Abschachtung unserer Schweinebestände übrig, da ein Verfütterungsverbot für Kartoffeln oder eine Beschlagnahme der Kartoffelvorräte nicht durchführbar erscheint und keinesfalls genügende praktische Wirkungen erzielen würde. Die königliche Staatsregierung erlöst deswegen in der schleunigen weiteren Verminderung der Schweinebestände eine der wichtigsten Maßnahmen bei der Sicherung der Volksernährung, von deren Gelingen die wirtschaftliche Durchführung des Krieges in der Ernährungsfrage zum großen Teil abhängt. Die Abschachtung der Schweine muß in solchem Umfange vorgenommen werden, daß die Befürchtung einer Beeinträchtigung der Volksernährung durch die Schweinehaltung behoben wird. Es sollten daher im vaterländischen und im eigenen Interesse alle Schweinehalter ihre Schweine, soweit sie nicht für die Erhaltung der Zucht erforderlich sind oder ganz überwiegend mit für die menschliche Ernährung untauglichen Stoffen Wirtschaftsfällen und dergleichen gefüttert werden, schleunigst zur Abmachtung zum Verkaufe bringen oder selbst abschachten lassen, und in letzterem Falle das Fleisch, soweit es nicht als Fleischfleisch sofort verwertet werden kann, vor Eintritt der wärmeren Jahreszeit durch Umwandlung in Dauerware (Einpölen, Einmalzen, Einrösten) für die Zukunft sicher stellen. Ferner sollten alle Einwohner, welche finanziell in der Lage sind, sich ein Schwein oder doch einen Teil kaufen und als Dauerware herrichten lassen. Die königliche Staatsregierung hat vorgesehen, daß, falls nicht überall freiwillig die Minderung der Schweinebestände erfolgt, Zwangsmassnahmen zu erwarten sind. Der Schweinehalter, welcher nicht rechtzeitig freiwillig seiner vaterländischen Pflicht nachkommt, hat solchen Zwang und die damit verbundenen wirtschaftlichen Nachteile zu erwarten.
a. Sierbefall. Mit dem gestern zur letzten Ruhe bestatteten Wehrgemeister Heinrich Kremer ist der zurzeit älteste Vertreter der Wehrgemeinde in Limburg dahingegangen. Vielen war der Entschlafene durch sein in früheren Jahren hier in der Salzgasse betriebenes Wehrgeschäft und den damit in Verbindung gestandenen Viehhandel eine bekannte Persönlichkeit. Herr Kremer erreichte ein Alter von 77 Jahren.
Wetterausblick für Dienstag, den 23. März 1915.
Fortdauer des heiteren und trockenen Wetters mit kalten Nächten.

Gottesdienstsordnung für Limburg.

Katholische Gemeinde.

Dienstag 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahramt für Josef Benedikt Hilf und Ehefrau; um 8 Uhr im Dom Requiemamt für den gefallenen Krieger Josef Vogel.
Mittwoch 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahramt für Karl Freiherr von Schütz; um 8 Uhr im Dom feierl. Jahramt für Friedrich Kächinger und Ehefrau.
Donnerstag, 25. März, Maria Verkündigung. Um 7 1/2 Uhr im Dom Amt für Christian Vöhringer und Ehefrau; um 8 Uhr im Dom feierl. Amt zu Ehren der Mutter Gottes. Um 5 Uhr Vespere.
Freitag 7 1/2 Uhr im Dom Jahramt für Frau Felicitas Kordach; um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Peter Koch und Angehörige; um 9 1/2 Uhr Fastenandacht mit Predigt.
Samstag 7 1/2 Uhr in der Stadtkirche feierl. Jahramt für Jakob Zimmermann und Ehefrau; um 8 Uhr in der Stadtkirche Jahramt für Josef Wühlbach und Ehefrau. Um 4 Uhr nachmittags Vespere.

Todes-Anzeige.

Teilnehmenden Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß mein geliebter Vater, Vater von drei unmündigen Kindern,

Kaufmann Wilhelm Pauli

im Alter von 39 Jahren am Sonntag morgen 5 Uhr plötzlich verschieden ist.

Kirberg, 22. März 1915.

Die tieftrauernde Witwe
und Kinder.

Die Beerdigung findet Mittwoch, den 24. März, nachmittags 3 Uhr, statt. 9/66

Bekanntmachungen und Anzeigen der Stadt Limburg.

Bekanntmachung.

Die Haushaltungsvorstände werden darauf aufmerksam gemacht, daß die hiesigen Kartoffelhandlungen **Rüß u. Brühl** und **Hermann Feiz Speisekartoffeln** aus den durch Vermittelung der Stadt beschafften Vorräten zum Preise von 5,50 M. per Zentner an die Einwohner der Stadt Limburg abgeben.

Wir empfehlen der Einwohnerschaft, ihren Bedarf bis zur nächsten Ernte baldigst zu decken.

Limburg a. Lahn 19. März 1915.

Der Magistrat:
Haerten.

3/66

Volksschule zu Limburg.

Die schulärztliche Untersuchung der zur Schulaufnahme angemeldeten Kinder, die in der Zeit vom 1. April bis 30. September 1909 geboren sind, findet am 24. und 25. März im ärztlichen Untersuchungszimmer der Hospitalkirche (2 Treppen) statt und zwar

Mittwoch, 24. März, vorm. 10 Uhr **Mädchen**, deren Namen mit den Buchstaben A—L anfangen, 11 Uhr Buchstaben M—Z.

Donnerstag, 25. März, 10 Uhr **Knaben**, Buchstaben A—L, 11 Uhr Mädchen, Buchstaben M—Z.

Kinder, die nicht in dem Untersuchungsstermin erscheinen, können nicht aufgenommen werden.

4/66

Die Schulleitung.

Vorschuß-Verein zu Limburg

Eingetragene Genossenschaft mit unbeschränkter Haftpflicht.

Dienstag den 30. März cr., abends 8 1/2 Uhr:

Generalversammlung

im Lokale des Herrn G. Dielefeld („Alte Post“).

Tagesordnung:

1. Rechnungsablage pro 1914
2. Genehmigung der Bilanz und Erteilung der Entlastung an Vorstand und Aufsichtsrat.
3. Beschlussfassung über die Verteilung des Reingewinns pro 1914.
4. Neuwahl des dritten Vorstandsmitgliedes für den statuten-gemäß auscheidenden Herrn Gustav Christmann. Wahlperiode: 6 Jahre
5. Neuwahl von 3 Aufsichtsratsmitgliedern für die statuten-gemäß auscheidenden Herren: Hubert Hilf, Justizrat, Josef Müller, Seifenfabrikant und Franz Müller, Kaufmann, Wahlperiode: 3 Jahre.
6. Bericht über den in 1914 in Soden stattgefundenen Mittelrheinischen Verbandstag
7. Ausschluß von Mitgliedern
8. Beschlussfassung über die Umwandlung des Vereins in eine Genossenschaft mit beschränkter Haftpflicht.
9. Anträge von Mitgliedern.

Die Vereinsmitglieder werden aufgefordert, etwaige Anträge, welche in der anberaumten Generalversammlung zur Verhandlung gestellt werden sollen, so zeitig bei dem Vereinsvorstand einzureichen, daß sie in der Einladung zu dieser Generalversammlung, drei Tage vor derselben, bekannt gemacht werden können.

Der Rechenschaftsbericht für das Geschäftsjahr 1914 liegt für die Vereinsmitglieder von heute an 8 Tage lang in unserem Geschäftslokale zur Einsicht offen.

Limburg, den 20. März 1915.

Der Vorsitzende des Aufsichtsrates:
Josef Flügel.

8,66



Den Helden Tod fürs Vaterland erlitt in Russisch-Polen

Herr Emil Simon

Hauptmann d. L. und Kompagnie-Chef.

Das Ersatz-Landsturm-Bataillon I, dem er längerer Zeit angehörte, betrauert aufrichtig den Verlust dieses tüchtigen Offiziers und treuen Kameraden.

Wir werden ihm für alle Zeiten ein treues Gedenken bewahren.

Im Namen des Offizier-Korps
des Ersatz-Landsturm-Bataillons I Limburg

Kunkler,

Major- und Bataillons-Kommandeur.

1/66

KOHLN

Für Bäckerelen!

Saar-Würfelkohlen

ab Zeche und ab Lager prompt lieferbar.

Aloys Ant. Hilf, Limburg a. L.

Telefon Nr. 42.

Die Geflügel-Börse Leipzig

Führendes Fachblatt

Zucht u. Pflege der Hühner, Tauben, Wassergeflügel, Sing- u. Ziervögel, Hunde, Kaninchen.

Erscheint wöchentlich zweimal.

Abonnementspreis vierteljährlich 1 Mk.

Unübertroffen in Wort und Bild, unerreicht als

Anzeigenblatt an Billigkeit und Erfolg.

Probenummern unentgeltlich und postfrei.

Postadresse:

Geflügel-Börse, Leipzig.

Freibank.

Dienstag den 23. März 1915, von 7 1/2—8 1/2 Uhr vormittags:

Rindfleisch gekocht à Pfd. 50 Pfg.

Fleischhändler, Metzger, Wurstherberei ist der Erwerb von Freibankfleisch verboten, Gastwirten und Kostgebern nur mit Genehmigung der Polizeibehörde gestattet. 7,66

Die Schlachthof-Verwaltung.

Holzversteigerung. Oberförsterei Diez.

Mittwoch den 24. März, nachm. 1 Uhr in der Stephanischen Wirtshaus zu Hambach, Distr. 46 Raulaub und Tot. (Distr. 35 Röllsbach). Eichen: 26 Rm. Nussbaum: 2 u. 2,4 m lg, 17 Rm. Knüppel. Buchen: 460 Rm. Eicht. u. Rn. 3000 Wellen. Die Herren Bürgermeister werden um gest. Bekanntmachung ersucht. 11/60

Soeben erschien:

Der Weltkrieg in Wort u. Bild

Band I vom Beginn des Krieges
bis zur Schlacht bei Tannenberg

unter Benutzung amtlicher Quellen, bearbeitet von D. Trietsch.

Prachtausgabe eleganter Leinenband 3.— Mk.

Text und über 450 Bilder in Kupfertiefdruck.

Volksausgabe 1.20 Mk.

Text und über 200 Bilder in Kupfertiefdruck.

— Zu beziehen durch jede Buchhandlung. —

Verlag für Kriegsliteratur G. m. b. H.
Berlin C 2, Burgstraße 30.

Sanntkartoffeln

Kaiserfröhen
Frühe Rosen
Paulsen Zuli
Räuschen

sowie

Speisekartoffeln

offert

Herrn Feiz
Limburg.
Tel. 297

Kräftiger Arbeiter

sofort gesucht.

Josef. Condermann
Limburg.

Kräftiger Junge als Milchfüttscher

ge sucht.

Josef. Kallner, Wetzlar.

Freundliches, schön
kierres Zimmer per 1. u. 2. Etage
zu vermieten

Austraße A 1, 1. u. 2. Etage
Am Landgericht.

Schön möbl.
mer per 1. oder 2. Etage
vermieten.

Marktstr. 4 I. Etage

Bruchbänder

mit und ohne Federn, in
Größen und Formen, nach
auf Wunsch angepaßt.

Limburg. A. A. Döpp

11/3 Brückengasse

Stellen-Angebote Stellen-Gesuche

inseriert man mit
gutem Erfolge in dem

Limburger
Anzeiger.

In 18. Auflage ist erschienen:

Defflers Geschäfts-Handbuch (Die kaufmännische Praxis).

Dieses Buch enthält in klarer, leichtverständlicher Darstellung: Einfache, doppelte und amerikanische Buchführung (einfachlich Abschluß); Kaufmännisches Rechnen; Kaufmännische Briefwechsel (Handelskorrespondenz); Kontorarbeiten (einfache Formulare); Kaufmännische Propaganda (Reklamations-Geld, Boni- und Diskonten; Wechsel und Schecks); Versicherungsweisen; Steuern und Zölle; Güterverkehr; Eisenbahn; Post-Telegraphen- und Fernsprechnetze; kaufmännische und gewerbliche Rechtskunde; Gerichtliche Verfahren und Tabellen; Erklärung kaufmännischer Briefe, Wörter und Abkürzungen; Alphabetisches Sachregister.

In wenigen Jahren über 170 000 Exemplare verkauft.

Tausende glänzender Anerkennungen Herr Kaufmann Aug. Randor, Lehrer am Büch. Institut in Hamburg, sagt: „Es ist das beste Handbuch für kaufmännische Praxis, das ich in all den Dutzenden Werken ähnlichen Inhalts, die ich durchzu prüfen hatte.“ Das 384 Seiten starke, schön gebundene Buch wird franco geliefert gegen Einsendung von 3 Mk. oder unter Nachnahme von 3,40 Mk. Richard C. O. Verlag, Berlin SW. 29.

Bei telefonisch an uns
mittelten Inseraten übernehmen wir
lei Verantwortung für deren Richtigkeit.
Geschäftsstelle
des „Limburger Anzeiger“



Mode und Haus

Moden- und Familienblatt I. Ranges

2x monatlich, je 48 Seiten mit Schnittbogen

Abonnementspreis M. 1.— (bei allen Buchhandlungen)

Bestellungsformulare und alle sonstigen Zusendungen an den Verlag, Berlin C 2, Burgstraße 30.

Jährlich: Tausende Bilder u. Modelle.